STELLUNGNAHME DER SPD-FRAKTION ZUM HAUSHALTSPLANENTWURF 2019

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, liebe Stadträtinnen und Stadträte, verehrte Damen und Herren

The same procedure as every year?! Oft genug hätte dieser geflügelte Satz – uns allen bekannt aus ‘Dinner for one’ – Haushaltsreden vorangestellt werden können. Für 2019 sieht es selbst aus Sicht unserer Verwaltungsspitze etwas anders aus. Das ‚noch nie‘ kommt in der Haushaltsrede unseres Oberbürgermeisters gleich mehrfach vor und gipfelt in der Aussage: ‚Noch nie hatten wir so viel fiskalische Bewegung, noch nie hat die Stadt einen Plan für so viel Bewegung und Umtrieb vorgelegt‘. Einfacher ausgedrückt, (fast) noch nie ging es uns finanziell so gut wie derzeit. Da stellt sich natürlich die Frage: Investieren oder Schulden abbauen. Investieren nicht in ‚nice to have‘, sondern in Notwendiges und Verpflichtendes. Oder doch in Schuldentilgung, weil Schulden eben auch den finanziellen Handlungsspielraum einschränken, obwohl die unseren durch langjähriges verantwortungsvolles Handeln recht überschaubar sind. Wir sind der Überzeugung, dass maßvolles Investieren unserer Stadt und den Bürgerinnen und Bürgern gut tut.

OB Dr. Nopper bezeichnet den Haushalt 2019 als Familien- Kinder- u. Bildungshaushalt und in der Tat sind die hier zu tätigenden Investitionen recht ambitioniert. Backnang hat aber auch einen nicht zu übersehenden Nachholbedarf. Lange war man bei der Verwaltung der Auffassung, dass die vorhandenen institutionellen Kinderbetreuungsangebote schon irgendwie ausreichen werden – eine inzwischen erkennbare Fehleinschätzung. Deshalb müssen wir 2019 richtig investieren, um unseren gesetzlichen Verpflichtungen nachzukommen. Auch unser sehr differenziertes schulisches Angebot - auf das wir ja berechtigterweise stolz sein können – bedarf einer intensiven investiven Pflege. Das Prädikat Schulstadt gibt es nicht zum Nulltarif.
Und wenn die prognostizierten 40.000 Einwohner in Bälde Realität sein sollten – wobei man tunlichst darüber diskutieren kann, ob dieses Ziel wirklich erstrebenswert ist – dann müssen wir eben auch die notwendigen Rahmenbedingungen schaffen - und zwar für alle Alters- und Gesellschaftsgruppen. Der Countdown läuft in der Tat,

die Südstadt verändert in rasantem Tempo ihr Gesicht, es entsteht Positives, aber nicht nur. Für die Zukunft wollen wir jedenfalls etwas weniger Verdichtung und im Rahmen zukünftiger Projekte auch klare Aussagen, wie das gesamte infrastrukturelle Wohnumfeld gestaltet werden soll. Neuen Maßnahmen werden wir nur noch zustimmen, wenn ein definitiv festzulegender Anteil an der gesamten Wohnfläche unter die Kategorie ‚bezahlbarer Wohnraum' fällt. Immer mehr Menschen mit einem durchschnittlichen Einkommen können sich gar keine frei finanzierte Wohnung leisten, ohne in wirtschaftliche Schwierigkeiten zu kommen, ebenso viele Seniorinnen und Senioren, deren Rente nicht mehr ausreicht, um angemessen wohnen und leben zu können. Deshalb werden wir in nächster Zeit diesem Thema ein besonderes Augenmerk schenken. Ein Anfang wurde mit der von uns initiierten verbesserten Eigenkapitalausstattung der Städtischen Wohnbau zur Intensivierung ihrer Aktivitäten gemacht. Und da wir immer wieder hören müssen, dass die erforderlichen Flächen fehlen, wäre es lobenswert, über alternative Möglichkeiten nachzudenken. Warum z.B. nicht vermehrt nach Oben erweitern, Bestehendes aufstocken, Parkflächen überbauen (nicht beseitigen), oder Nachverdichtung forcieren. Geht nicht, sollte es nicht geben.

Gleiches gilt auch für das brachliegende Kaelble-Areal. Sprachlosigkeit und Misstrauen dürfen nicht zur Entwicklungsgonie führen. Wir würden es sehr begrüßen, wenn unsere Verwaltung von sich aus eigene Überlegungen anstellt, wie der gesamte Bereich realistischer Weise revitalisiert werden kann – und dies auch offen mit dem Investor kommuniziert. So futuristisch und innovativ seine Pläne sein mögen, sie lassen sich in Backnang nicht 1 zu 1 umsetzen. Umso mehr sind Kompromisse gefragt.

Zeitnahen Umsetzungsbedarf gibt es auch auf unserem Bahnhofsareal. Wie oft haben wir schon darüber nachgedacht, geplant, konzipiert, hochkarätige Architekturbüros herausragende Gestaltungsvarianten entwickeln lassen, Kostenkalkulationen erstellt – aber fast alles steht noch in den Sternen. Mag sein, dass die ganz große Lösung weit entfernt ist – nicht mehr warten dürfen wir beim Thema Barrierefreiheit und Behindertenfreundlichkeit. Fast jeder Dorfbahnhof ist inzwischen attraktiver als unsere hochfrequentierte Mobilitätsdrehscheibe. Wir freuen uns deshalb sehr, dass die Verwaltung zeitnah an die Realisierung der Stadtbrücke

gehen will, sonst müssten wir auf eine kurzfristige Zwischenlösung wenigstens mit Rollbändern an den Treppenaufgängen drängen.

Mobilität in der ganzen Breite ist Jahr für Jahr eines der zentralen gemeinderätlichen Themen. Der ‚Vierklang' ÖPNV – Radfahrer – Fußgänger und Autofahrer muss aber mehr als bisher im Blick sein. Sehr anzuerkennen ist dabei der aktuelle Ausbau des ÖPNV, der geradezu zur Inanspruchnahme einlädt. Eine verbesserte Vertaktung, die weitere Einbeziehung der Stadtteile (viele Jahre angemahnt) und ein quantitativer Ausbau – für den der Landkreis ordentlich in die Tasche gegriffen hat – motiviert vielleicht doch den einen oder andern Mobilitätsindividualisten, umzusteigen. Wir könnten uns darüber hinaus als weiteren Schritt eine Art Innenstadt-Shuttlebus gut vorstellen. Jedenfalls wollen wir ein gutes Miteinander aller Mobilitätsformen fördern - das neue Fahrradinfrastrukturkonzept steckt zwar noch in den Kinderschuhen, ist aber eine gute Umsetzungsgrundlage. Das gesamte komplexe innerstädtische Verkehrskonzept darf dabei allerdings nicht länger mit dem Verweis auf weiter notwendige Erhebungen hinausgeschoben werden. Auch das Thema Schadstoffbelastung Eugen-Adolff-Straße ist lediglich ein Teilaspekt. Obwohl der geltende Grenzwert nur eine – wie man inzwischen weiß – gegriffene Zahl und seine Durchsetzung nachgerade zu einem Geschäftsmodell zu Lasten Vieler geworden ist, die auf ihr Fahrzeug angewiesen sind, müssen wir zur Vermeidung von Fahrverboten und dem dann zu erwartendem Ausweichverkehr zeitnah handeln. Weniger Verkehr bekommen wir in Backnang ja sicher nicht. Und die paar hundert Meter zusätzliche Vierspurigkeit – begeistert bejubelt – führt vorläufig nur zu mehr Verkehr und zu einer Verschiebung des täglichen B 14 – Staus an Waldrems heran. So bleibt uns nichts anderes übrig, als auf einen zügigen Weiterbau zu hoffen, aber kreuzungsfrei. Der absolute Verkehrsgau wäre eine Ampelregelung an der Spritnase – dann wohl die Einzige zwischen Stuttgart und dem künftigen Ausbauende an der Krähenbachkreuzung. Einmal mehr fordern wir, den Bereich Spritnase/Heinrich-Hertz-Str. kreuzungsfrei auszubauen, um künftige Dauerstaus zu verhindern – und ebenso den Verkehrskollaps auf den Ortsdurchfahrten Heiningen und Waldrems (einen Vorgeschmack haben wir erst kürzlich durch eine Umleitungsregelung erhalten).

Bei allen Bemühungen, unsere Innenstadt attraktiv zu erhalten bzw. attraktiver zu machen, dürfen wir natürlich nicht nur die Verkehrsinfrastruktur im Blick haben. Wie wäre es denn, wenn wir eine Art Gründerinitiative etablieren würden, die sich insbesondere zum Ziel setzt, kleine Innenstadtgeschäfte zu fördern, die Publikum anziehen – noch mehr Döner- u. Imbissangebote sind ja kein erstrebenswertes Ziel. Und vielleicht könnte auch darüber nachgedacht werden, solche Initiativen mit einer Anschubfinanzierung zu unterstützen. Ein dankbarer innerstädtischer Entwicklungsbereich ist dabei sicher auch die untere Marktstraße, das ‚Totengässle'. Wir wissen schon, woran es teilweise hakt, aber nachdem sich die Stadt dort beim Immobilienerwerb so engagiert, sollte sie alles tun, um weiterzukommen. Ein Sorgenkind bleibt für uns der Graben. Wirklich attraktiv wird er nur als Fußgängerzone mit einer Nutzungsbeschränkung für den Anliegerverkehr. Ein anderes ist die Obere Walke. Mit wie vielen Hoffnungen und Plänen sind wir vor Jahren an die Beseitigung dieser Industriebrache gegangen und was hat sich alles zerschlagen. Dabei ist doch die positive Aufwertung der gesamten Murrachse bis zu den Etzwiesen eines unserer wichtigen innerstädtischen Entwicklungsziele. Nachdem aus der Annonay-Anlage etwas Attraktives geworden ist und auch entlang der Talstraße einiges geschieht, sollten wir endlich der Burgbergseite der Murr mehr Beachtung schenken. Hier kann für das ‚Stadt-am-Fluss-Ambiente' noch einiges getan werden – eingeschlossen der lange geforderte einladende Treppenaufgang zur Innenstadt bei der BKZ.

Ganz weit oben auf unserer Prioritätenliste steht die Karl-Euerle-Halle. Als zentrale Schul- u. Vereinssporthalle brauchen wir sie in einem modernen, den heutigen Bedürfnissen und Erwartungen entsprechendem Kleid. Natürlich ist die Realisierung des Projekts ein finanzieller Kraftakt, aber die immer wieder geforderte Kosmetik als ausreichendes Investment lehnen wir ab. Gleiches gilt für das Feuerwehrgerätehaus in Backnangs Süden. Wir hoffen sehr auf eine konfliktfreie zeitnahe Realisierung zum Schutz der gesamten Bevölkerung in den südlichen Stadtteilen. Überhaupt lohnt es sich nach wie vor, den Stadtteilen und Teilorten ein besonderes Augenmerk zu schenken – auch mit Blick auf ihre prosperierende Weiterentwicklung. Sie haben mit ihren örtlichen Bedürfnissen und Erwartungen Unterstützung durch Verwaltung und Gemeinderat verdient. Wir sehen ja immer wieder, wie viel positive Bewegung durch

die dörflichen Aktivitäten und Engagements entsteht. Und das tut dem wichtigen Gemeinschaftsgedanken besonders gut.

Wie zu erwarten – und alles andere wäre eine Enttäuschung gewesen – hat sich unser Oberbürgermeister in seiner Haushaltsrede wieder ganz intensiv der Kreisumlage gewidmet – mit einem erhobenen Zeigefinger in Richtung allzu kreisfreundlicher Kreisräte im Gemeinderat. Immerhin spielt in diesem Jahr die Auskreisung Backnangs in den Landkreis Ludwigsburg keine Rolle mehr (diese Prüfung wurde ja sogar von einer Fraktion zum Antrag erhoben). Aber Stadt und Kreis sitzen in einem gemeinsamen Boot. 9% der Kreisbevölkerung leben in Backnang – und deshalb kommt ein großer Teil der Kreisumlage wieder zu uns zurück – in ganz hohem Maß im Rahmen von Hilfen für Kinder, Jugendliche, Familien, Senioren, Behinderte. Und sicher wollen wir z.B. auch nicht die auf unserer Gemarkung liegenden Kreisstraßen zu Gemeindeverbindungsstraßen machen oder auf die beruflichen Gymnasien verzichten. Natürlich ist es legitim, genau zu prüfen, was der Landkreis braucht und was er will. Immerhin wird der Kreisumlagehebesatz ja von 35,4% auf 34% gesenkt, was auch uns Backnangern zugutekommt und unseren finanziellen Handlungsspielraum erhöht. Nach wie vor steckt auch ein nicht ganz kleiner Teil der Kreisumlage im Klinikneubau in Winnenden, wenn auch die finanzielle Belastung Jahr für Jahr geringer wird. Für uns gilt nach wie vor, dass uns eine gute Gesundheitsversorgung der Bevölkerung auch etwas wert sein muss. In vielen anderen Lebensbereichen ist es doch ganz selbstverständlich, öffentliche Mittel zu investieren. Unverzichtbar für das Ansehen der Klinik ist die weitere Optimierung der Patientenzufriedenheit durch eine besonders gute medizinische Behandlung und pflegerische Betreuung und das freundlich-emphatische Ambiente. So wird das neue Haus für immer mehr Backnanger zu einer guten Adresse in der stationären Gesundheitsversorgung.
Gerne hätten wir auch einmal etwas über die gesundheitliche und pflegerische Versorgung direkt in unserer Stadt gehört – ambulant wie stationär. Die Zahl der pflege- und betreuungsbedürftigen Mitbürger nimmt ja auch durch demografische Faktoren immer mehr zu. Reichen die bestehenden Angebote aus – auch unter Berücksichtigung der Landesheimbauverordnung – oder besteht ein Nachholbedarf, um den unterschiedlichen Bedürfnissen und Erwartungen Rechnung zu tragen. So wie wir ein besonderes Augenmerk auf unsere Kinder und Jugendlichen richten

müssen, so wichtig ist es, unsere ältere Generation im Blick zu haben. Sie soll sich in unserer Stadt aufgehoben fühlen.

Gerne möchten wir auch nochmals auf eine gewichtige Aussage aus dem vergangenen Jahr hinweisen, weil sie nach wie vor gilt, aber wohl noch immer keinen Eingang in das Verwaltungsdenken gefunden hat. Es geht um die Erkenntnis der Bertelsmann-Stiftung, wonach 21% der Kinder länger als 5 Jahre in ärmlichen Verhältnissen leben müssen und weiter 10% zeitweise unter Armut leiden – d.h. abgekoppelt von einer Teilhabe am gesellschaftlichen Leben und fern von Bildung. Aber ein gelingendes Leben hat sehr viel damit zu tun. Deshalb haben wir auch vorgeschlagen, so etwas wie ein ‚Backnanger Modell' zu entwickeln. Was kann über die bestehenden Angebote hinaus getan werden, um Kindern noch bessere Startchancen zu bieten? Diskussionsbedarf besteht auch beim Thema gebührenfreier Kindertagesstättenbesuch. Wir wissen natürlich, dass die Umsetzung nicht von heute auf morgen geht, aber Denkverbote über mögliche Rahmenbedingungen oder Einstiegsregelungen darf es nicht geben.

Erinnern möchten wir auch daran – obwohl es nicht immer und nicht überall gerne gehört wird, dass wir gegenüber den Menschen, die als Flüchtlinge in unserer Stadt leben, über die rechtliche Verpflichtung hinaus bei allen durchaus verständlichen Vorbehalten in Einzelfällen auch eine humanitäre haben. In vielfältiger Weise engagieren sich die Verwaltung, aber ebenso viele gemeinnützige Initiativen und Organisationen und eine große Zahl ehrenamtlich tätiger Frauen und Männer in der Betreuung und Begleitung. Über die bestehenden Aktivitäten hinaus bitten wir zu prüfen, ob und in welchem Rahmen weitere sinnvolle Angebote ermöglicht werden können, sei es z.B. in der Hausaufgabenbetreuung, bei der Sprachvermittlung, bei sportlicher Betätigung und natürlich ganz besonders auch in der Wohnraumvermittlung.

Zwei weitere Themen werden uns sicher in der nächsten Zeit ebenso intensiv beschäftigen; die unaufhaltsame Digitalisierung fast aller Lebensbereiche und die Rolle, die wir als Stadt Backnang vor Ort dabei spielen - sowie der Klimawandel und seine Folgen, die auch uns treffen. Wir in Backnang sind natürlich nur eine ganz winzige Stellschraube im großen Weltgefüge, nichtdestotrotz müssen auch wir

unseren Teil zur Ursachenvermeidung beitragen. Deshalb regen wir als eine der vielen Möglichkeiten an, weitere Photovoltaikanlagen auf städtischen Gebäuden zu installieren, aber auch Maßnahmen zu ergreifen, die den immensen Plastikverbrauch reduzieren – angefangen bei allen kommunalen Einrichtungen und städtischen Veranstaltungen. Einweggeschirr und -verpackungen sollen, so gut wie es nur geht, verbannt werden.

Über alle sinnvollen und notwendigen Projekte und Maßnahmen hinaus darf allerdings nicht vergessen werden, dass ein funktionierendes Gemeinwesen ohne das Engagement vieler Bürgerinnen und Bürger gar nicht möglich ist. Menschen, die sich in ganz unterschiedlicher Weise einbringen, mitdenken und mithandeln und so das Bild eines lebenswerten Gemeinwesens prägen, sind unverzichtbar, ganz gleich, ob organisiert oder ganz privat, ob sichtbar oder im Verborgenen. Mit dem Backnanger Stadtturm haben wir neben allen anderen Ehrungsformen ein gutes Instrumentarium geschaffen, um Dank erkennbar zu machen. Uns ist deshalb die Erhaltung und weitere Förderung ehrenamtlichen Handelns – auch in der Kommunalpolitik - ein wichtiges Anliegen, denn es ist illusorisch zu glauben, die Kommune könne alles richten. Ein demokratisches Gemeinwesen braucht Menschen, die sich in die Verantwortung hineinnehmen lassen und sich trotz mancher Widerstände und Anfeindungen immer wieder neu einsetzen. Gerade mit Blick auf die Wahlen im nächsten Jahr wollen wir dazu ermutigen, ‚Flagge zeigen' und das Feld nicht denen zu überlassen, die alles besser wissen, alles besser können, sich aber aus jeder Verantwortung heraushalten. Deshalb geht unsere Bitte schon heute an die Bürgerinnen und Bürger: Nehmen Sie am kommunalen Handeln teil und machen Sie auch von Ihrem Wahlrecht Gebrauch - es ist unsere gemeinsame Stadt, die wir miteinander lebenswert und erlebenswert erhalten wollen.
Danken wollen wir der Verwaltungsspitze, mit der wir – erwartungsgemäß – konstruktiv zusammenarbeiten konnten, auch wenn wir nicht immer der gleichen Meinung waren und ebenso den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Stadtverwaltung und der städtischen Gesellschaften, ganz egal wo sie arbeiten und mit welchen Aufgaben sie betraut sind. Nur wenn ein Rad ins andere greift läuft der Betrieb Stadtverwaltung – und nur wenn er gut läuft, profitiert die Bürgerschaft. Unser Dank gilt auch der Presse, die das nach außen trägt, was wir in vielen Sitzungen diskutieren und entscheiden, damit die ganze Breite kommunalen Handelns für die

Erhaltung eines funktionierendes Gemeinwesen deutlich wird. Und ganz zum Schluss freuen wir uns, wenn unsere zahlenmäßig überschaubaren, aber fundierten Haushaltsanträge zeitnah Eingang in das Verwaltungsdenken finden und zu einer guten Handlungsgrundlage werden.

Heinz Franke
namens der SPD-Gemeinderatsfraktion